

Rechtspanorama am Juridicum. Der EuGH entschied, dass Afghaninnen Asyl erhalten müssen. Für die einen ist die Aufregung unverständlich. Andere warnen, dass die Staaten durch die Judikatur die Migrationssteuerung verlieren.

Asylgrund Frau: Gehen die Gerichte zu weit?

“

Ich würde mir von den Representanten unseres Staates wünschen, dass sie das Urteil begrüßen und nicht den Migrations-teufel an die Wand malen.

Nadja Lorenz
Asyl-Anwältin



Im Dachgeschoß des Wiener Juridicums diskutierten (v. l. n. r.) Nadja Lorenz, Walter Obwexer, „Presse“-Moderator Benedikt Kommenda, Anuscheh Farahat und Judith Kohlenberger. Gerhard Muzak (nicht im Bild) war per Videoschaltung dabei. Clemens Fabry

“

Jede einzelne Frau tut mir leid, aber wir schaffen es nicht mehr. Wenn dieses System genutzt wird, dann wird es implodieren.

Walter Obwexer
Prof. für Europarecht

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Diskussionen sind beim Rechtspanorama am Juridicum programmiert, aber beim letztwochigen sorgte sogar schon der Titel der Veranstaltung für Debatten. „Asyl und Migration: Brauchen die Gerichte eine Korrektur?“, hieß dieser. Für Asylwaltin Nadja Lorenz ein Grund zum Ärgernis: „Ich finde, es gibt keinen Grund, diese Frage zu stellen“, meinte sie. Das sei „schon ziemlich heftig, es geht in Richtung Musk, und es interessiert mich gar nicht, was dieser Typ zu sagen hat“. Der Tech-Milliardär Elon Musk hatte sich über italienische Richter echauffert, die die Unterbringung von Migranten aus Italien in Aufnahmelagern in Albanien gestoppt hatten („diese Richter müssen weg“).

„Ich finde den Titel durchaus richtig“, entgegnete Walter Obwexer, Dekan der Universität Innsbruck. Der Europarechtsprofessor verwies auf Entscheidungen, die es im Ergebnis dem Gesetzgeber zu schwer machen würden, die Migration zu lenken. Der aktuellste Anlass ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), wonach Afghaninnen wegen ihrer schlechten Behandlung in der Heimat bereits aufgrund ihres Frauseins Asyl bekommen müssten. Jeder fehlende Schutz eines Staates

vor geschlechtsspezifischer Gewalt sei laut EuGH nun ein Grund, um Asyl gewähren zu müssen, sagte Obwexer. Das könne dann auch andere Staaten betreffen, in denen Frauen schlecht behandelt werden. Es tue ihm leid, meinte Obwexer mit Blick auf die Welt, aber wenn man nun jede dieser Frauen aufnehmen müsse, dann schaffe man das nicht mehr. „Wenn dieses System genutzt wird, dann wird es implodieren.“ Und allein ist Obwexer mit der Furcht, dass Urteile zu weit gehen könnten, nicht.

Gefahr des Akzeptanzverlusts

„Ich habe schon die Sorge, dass die Urteile irgendwann keine Akzeptanz mehr bei den Mitgliedstaaten haben könnten“, meinte Gerhard Muzak, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Wien. „Und das will niemand.“ Der Fremdenrechtsexperte analysierte das Afghaninnen-Urteil des EuGH, das auf ein Verfahren vor dem österreichischen Verwaltungsgerichtshof zurückging, im Detail. Dass der EuGH die vom Urteil konkret betroffene Afghanin als verfolgt eingeschätzt hat, „ist absolut nachvollziehbar“, meinte Muzak. Strittiger sei da schon der zweite Punkt, wonach es bereits reiche, bloß Afghanin zu sein, um Asyl zu bekommen. Im Ergebnis dürfe man die Bedeutung dieses einen Urteils aber

trotzdem nicht überschätzen, meinte Muzak.

Die Frage ist, inwieweit Urteile des EuGH einen Pull-Faktor darstellen und Migranten dadurch ange lockt werden. Im Fall der Afghaninnen könnte man nun die Frau nach Europa vorschicken, und sobald sie Asyl erhalten hat, holt man Mann und Kinder nach. Judith Kohlenberger vom Institut für Sozialpolitik an der WU, rechnet aber nicht damit, dass sich nun viele unterdrückte Frauen nach Europa aufmachen werden. Es gebe keine legale Einreisemoglichkeit, also würde den Frauen nichts anderes übrig bleiben, als einen Schlepper zu bezahlen. „Die verlangen sehr viel Geld, und das ist ein gewisser Selektionsfaktor“, sagte die Kulturwissenschaftlerin und Migrationsforscherin. Auch die Erfahrung der vergangenen Jahre zeige, dass vergleichsweise wenige Afghaninnen gekommen seien.

Bessere Aufnahme wichtiger?

„Ich bin weniger kritisch gegenüber dem EuGH als gegenüber dem Veranstaltungstitel“, meinte Anuscheh Farahat, Professorin für Öffentliches Recht an der Uni Wien. Wer meine, dass man Afghaninnen nicht aufnehmen solle, müsse auch sagen, dass er deren Situation als „nicht

schutzwürdig“ betrachte. „Ich bin auch nicht überzeugt davon, zu sagen, wir schaffen es nicht mehr“, meinte die aus Deutschland stammende Professorin zum jüngsten Urteil. Statt dieses zu kritisieren, solle man die Aufmerksamkeit besser auf die Frage lenken, wie man gute Aufnahmebedingungen schafft.

Für Obwexer sind es vor allem die Puzzelsteine der Rechtsprechung, die zusammengefügt den Mitgliedstaaten „die politisch gewollte Migrationssteuerung nehmen“. So dürfe man laut der Judikatur auch eine Person ohne Asylanspruch und unabhängig davon, ob sie sich missverhalt, nie abschieben, wenn ihr im Heimatland eine unmenschliche Behandlung droht. Man müsse dem Betroffenen aber auch keine Aufenthaltsgenehmigung geben. Doch gleichzeitig verpflichtete die Judikatur die Staaten, diese Person zumindest notfallmedizinisch zu versorgen und ihr ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Im Ergebnis verbleibe der Einzelne somit mit staatlicher Unterstützung im Land.

Anwältin Lorenz, die das Afghaninnen-Urteil erwirkte, empfindet es auch in dieser Form als richtig. Afghaninnen müssten Zwangsverheiratung fürchten, dürften sich politisch nicht betätigen und hätten wenig Zugang zur Bildung. Lorenz hatte daher

einen Appell an die Politiker parat: „Ich würde mir von den Representanten unseres Staates wünschen, dass sie das Urteil so begrüßen könnten, wie der EuGH den Grundrechtsschutz unterstrichen hat. Und nicht zum hundertsten Mal den Migrationsteufel an die Wand malen.“

Frauen leichter integrierbar

Kohlenberger verwies darauf, dass gerade Migrantinnen eine Chance darstellen würden, da diese Integrationsangebote eher annehmen und Bildung an die Kinder besser weitergeben würden als Männer. Farahat erklärte, dass das Urteil zwar grundsätzlich auch bei Afghaninnen eine Einzelfallprüfung nicht ausschließe. Bloß „bleibt nicht viel übrig, was geprüft werden kann“, weil das Geschlecht samt der afghanischen Herkunft schon den Asylgrund darstellt.

Kritik an einem Gericht sei jedenfalls etwas „völlig Legitimes“, meinte Muzak. Diskutiert wurde aber auch die Frage, ob man wie früher Asylwerbern wieder legale Einreisemoglichkeiten geben soll, damit sie nicht Schleppern ausgeliefert sind. Früher konnten Asylwerber etwa bereits bei österreichischen Botschaften einen Antrag stellen. Derartiges wäre jedoch „bei den heutigen Kommunikationswegen nicht mehr steuerbar“, sagte Muzak.

Große Schmuck & Uhren Auktion im Palais Kinsky

Schaustellung jetzt geoffnet!
Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa-So 10-17 Uhr

Chopard, Armbanduhr „Happy Sport“, € 22.000 - 44.000

Taschenuhr mit Doppel-Automat und Minutenrepetition, € 12.000 - 24.000

Smaragdensemble, 2. Hälfte 20. Jh., € 30.000 - 60.000



ZUM KATALOG

Auktionshaus im Kinsky, Freyung 4, 1010 Wien

imKinsky



imkinsky.com